

Newsletter

Ausgabe 35 / 11. September 2018

Geschätzte Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+
Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Mit dieser aktuellen Ausgabe unseres Newsletters begrüßen wir Sie herzlich zur Herbst-session. Seit der letzten Session ist die Agenda 2030 wieder ins Rampenlicht gerückt, denn der Bundesrat hat im Juli am High Level Political Forum in New York den Bericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 zu nachhaltiger Entwicklung vorgestellt. In der Schweiz haben sich allerdings bereits zuvor viele zivilgesellschaftliche Organisationen empört über den mageren Schweizer Bericht geäußert (--> siehe aktuell). Dieser steht in starkem Widerspruch zum Engagement, das die Schweiz auf internationaler Ebene bei der Entwicklung der Agenda 2030 gezeigt hatte. Nun müssten den Worten auch in der Umsetzungsphase in der Schweiz konsequent Taten folgen.

Taten sind auch beim Thema Verhütung gefragt: Der europäische *Contraception Atlas* stellt der Schweiz nur mittelmässige Noten aus, was den Zugang zu Verhütung betrifft. An der nächsten Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ diskutieren wir mit Fachleuten, wer in der Schweiz von Barrieren beim Zugang zur Verhütung betroffen ist und was dagegen gemacht werden könnte. Es würde uns freuen, wenn Sie an der Veranstaltung am Mittwoch, 26. September teilnehmen würden (-->siehe Agenda).

Aktuell



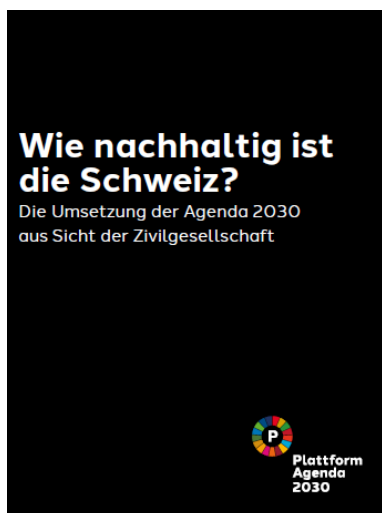
- Die Schweiz hat am 20. Juni ihren **Länderbericht 2018 zur Umsetzung der Agenda 2030 zu nachhaltiger Entwicklung** publiziert, den sie im Juli in New York am High Level Political Forum vorstellte. Der offizielle Staatenbericht fällt enttäuschend dürftig aus, sowohl umfangmässig als auch inhaltlich, obschon er auf einer umfangreichen Bestandsaufnahme beruht und zahlreiche zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sommer 2017 an einer aufwendigen Konsultation teilgenommen hatten. Ernüchternd ist auch das Kapitel Gesundheit. Ausgehend davon, dass «die Lebenserwartung der Bevölkerung sehr hoch ist», lässt der offizielle Bericht den Grundsatz der Agenda 2030

«Leaving no one behind» völlig ausser Acht und beschränkt sich auf wenige allgemeine Statistiken wie beispielsweise die Durchimpfungsquote bei Masern. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben protestiert und eine Woche nach der Publikation einen umfangreichen, breit abgestützten alternativen Bericht publiziert (--> siehe unten).



- [Länderbericht der Schweiz 2018](https://www.eda.admin.ch/dam/agenda2030/de/documents/laenderbericht-der-schweiz-2018_DE.pdf)
https://www.eda.admin.ch/dam/agenda2030/de/documents/laenderbericht-der-schweiz-2018_DE.pdf
- [Medienmitteilung Bundesrat](https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-71189.html)
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-71189.html>
- [Medienmitteilung SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz](https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/07/SGCH_MM_Agenda2030_3.7.18.pdf)
https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/07/SGCH_MM_Agenda2030_3.7.18.pdf
- [Medienmitteilung Alliance Sud](http://www.alliancesud.ch/de/politik/agenda-2030/nachhaltigkeit-ist-bundesrat-magere-24-seiten-wert)
<http://www.alliancesud.ch/de/politik/agenda-2030/nachhaltigkeit-ist-bundesrat-magere-24-seiten-wert>
- [Kommentar Humanrigh.ch](https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/aussenpolitik/aussenpolitik-diverses/entwicklung/agenda-2030-umsetzung)
<https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/aussenpolitik/aussenpolitik-diverses/entwicklung/agenda-2030-umsetzung>
- [High Level Political Forum on Sustainable Development](https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf)
<https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf>

- Die Plattform Agenda 2030 hat am 3. Juli den Bericht «**Wie nachhaltig ist die Schweiz – Die Umsetzung der Agenda 2030 aus der Sicht der Zivilgesellschaft**» publiziert. Der umfassende Bericht wurde gleichentags von Vertreterinnen der Zivilgesellschaft in Bern vorgestellt. Er basiert auf der thematischen Expertise der Mitglieder der Plattform und umfasst sowohl inhaltliche Beiträge zu den verschiedenen Themen der Agenda 2030 als auch elf übergeordnete Empfehlungen. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz hat zum Kapitel Gesundheit beigetragen. Die Plattform Agenda 2030 wurde 2017 gebildet und umfasst rund 40 zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in der Schweiz für die Umsetzung der Agenda 2030 einsetzen.



- [Bericht der Zivilgesellschaft zur Agenda 2030](http://www.alliancesud.ch/en/file/31212/download?token=LgwV3Tci)
<http://www.alliancesud.ch/en/file/31212/download?token=LgwV3Tci>
- [Plattform Agenda 2030](https://plattformagenda2030.ch/news/)
<https://plattformagenda2030.ch/news/>

- Das **Bundesamt für Statistik (BFS)** hat Anfang Juli erste Resultate des Monitorings **zur Umsetzung der Agenda 2030** publiziert. Gemäss BFS zeigt sich anhand verschiedener Indikatoren, dass die angestrebte Entwicklung unterschiedlich weit fortgeschritten und teils sogar rückläufig ist: 39 Indikatoren entwickeln sich gemäss BFS in die gewünschte

Richtung, 14 Indikatoren zeigen einen Trend entgegen der angestrebten Entwicklung und bei 12 Indikatoren sind keine signifikanten Veränderungen auszumachen. Das Monitoring der Schweiz basiert auf 85 Indikatoren; 35 davon stammen aus dem MONET-System, das 2003 zum Monitoring der nachhaltigen Entwicklung eingeführt wurde.

➤ [Medienmitteilung des Bundesamtes für Statistik](https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.5671345.html)

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.5671345.html>

- Mitte August hat der Bundesrat entschieden, die Unterstützung für das **UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) und das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) zu kürzen, während die Beiträge für den UNO-Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) und für UN Women unverändert bleiben**. Bei der Bekanntgabe der Beiträge der Schweiz an die vier UNO-Organisationen für die Jahre 2018-2020 berief sich der Bundesrat auf die «humanitäre Tradition und die Schweizer Werte der Verantwortlichkeit, Chancengleichheit und nachhaltigen Entwicklung». Die Selbstdarstellung der Schweiz als Verfechterin der nachhaltigen Entwicklungsziele steht jedoch im Widerspruch zur Kürzung der totalen Beiträge an diejenigen UNO-Organisationen, die nach Worten des Bundesrates «bei der Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 eine entscheidende Rolle spielen und im Einklang mit den Interessen der Schweiz stehen». Zwar lobte er in der Medienmitteilung die Arbeit der Organisationen und hob deren Erfolge für Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit hervor, gleichzeitig strich er aber für zwei von ihnen die Unterstützung: 2015-2017 erhielt UNICEF 66 Millionen Franken, für die Jahre 2018-2020 werden es nur noch 59,6 Millionen Franken sein. Der Beitrag an die UNDP sinkt von 180 Millionen auf 156,4 Millionen Franken. Für UNFPA und UN Women stellt der Bundesrat wie in der vorhergehenden Dreijahresperiode je 48 Millionen Franken zur Verfügung.

➤ [Medienmitteilung des Bundesrates](https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-71820.html)

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-71820.html>

- Der Nationalrat wird am Dienstag, 25. September über die **Initiative 13.407 "Kampf gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung"** von Mathias Reynard beraten. Diese will im Schweizerischen Strafgesetzbuch Artikel 261^{bis} betreffend Diskriminierung und Aufruf zu Hass ändern, damit Homophobie strafrechtlich belangt werden kann. Der vorliegende Gesetzesentwurf der Rechtskommission des Nationalrates enthält neben der sexuellen Orientierung auch das Kriterium Geschlechtsidentität, um das Anliegen auf besseren Schutz vor Diskriminierungen und Hasskriminalität konsequent sowohl auf homo- und bisexuelle Personen wie auch auf Transmenschen anzuwenden. Diese Forderung ergab sich auch mehrheitlich im Vernehmlassungsverfahren. Wir empfehlen, dem Vorschlag der Rechtskommission des Nationalrates zu folgen und den Antrag des Bundesrats abzulehnen.

➤ [Parlamentarische Initiative Reynard](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20130407)

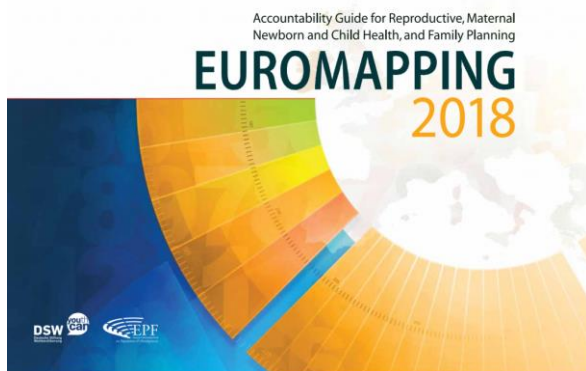
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20130407>

- Der Bundesrat ist nicht bereit, **Diskriminierung und Aufruf zu Hass von Personen aufgrund der Geschlechtsidentität** unter Strafe zu stellen. Er hat den Gesetzesentwurf zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.407 "Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung" von Mathias Reynard zur Kenntnis genommen und empfiehlt, das Kriterium Geschlechtsidentität wieder zu streichen. Die Rechtskommission des Nationalrates hatte beschlossen, im Gesetzesentwurf sowohl sexuelle Orientierung als auch Geschlechtsidentität als Kriterium in den Straftatbestand

von Artikel 261 des Strafgesetzbuch und Artikel 171 des Militärstrafgesetzes aufzunehmen. Die Kommission hatte sich klar für eine umfassende Lösung ausgesprochen, um neben Homo- und bisexuellen Personen auch Transmenschen besser vor Hasskriminalität zu schützen. Dabei berief sich die Kommission auch auf einen Bericht des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte und Empfehlungen der internationalen Menschenrechtsorgane. In der Vernehmlassung hatte sich eine Mehrheit für eine umfassende Regelung ausgesprochen. Der Bundesrat dagegen ist der Meinung, dass das geltende Recht genüge.

- [Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates](https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2870/Diskriminierung-aufgrund-der-sexuellen-Orientierung_Erl.-Bericht_de.pdf)
https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2870/Diskriminierung-aufgrund-der-sexuellen-Orientierung_Erl.-Bericht_de.pdf
- [Stellungnahme des Bundesrats](https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/bj/aktuell/news/2018/2018-08-150/stgn-br-d.pdf)
<https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/bj/aktuell/news/2018/2018-08-150/stgn-br-d.pdf>
- [Medienmitteilung Bundesrat](https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-71811.html)
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-71811.html>

- **Euromapping 2018** zeigt : Die USA, Grossbritannien, die Niederlande, Deutschland und die EU Institutionen sind die fünf grössten Geldgeber für den Bereich reproduktive Gesundheit, Gesundheit von Mutter, Neugeborenen und Kind sowie Familienplanung. Ihre Beiträge machen 75 % aller diesem Bereich zufließenden Gelder aus. Vor allem die USA standen diesbezüglich bislang ganz vorne. Die von der Trump-Regierung eingeführte Mexico City Policy und die damit verbundenen Kürzungen werden deshalb weitreichende Auswirkungen haben. Die jährlich erscheinende Publikation *Euromapping* analysiert anhand der neuesten verfügbaren Zahlen (für Euromapping 2018 sind es die Zahlen von 2016) des Entwicklungshilfeausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Beiträge, welche die entsprechenden Geberländer im Rahmen ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe in die Bereiche reproduktive Gesundheit, Mütter-, Neugeborenen- und Kindergesundheit sowie Familienplanung fließen lassen.



- [Euromapping 2018](http://euromapping.org/)
- <http://euromapping.org/>

- Nationalrätin Yvonne Feri, die Präsidentin der parlamentarischen Gruppe KAIRO+, hat vom 16.-20. Juli an einer **Studienreise zum Thema reproduktive Gesundheit sowie Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Jugendlichen in Tansania** teilgenommen. An der Reise, die vom European Parliamentary Forum on Population and Development (EPF) durchgeführt wurde, haben Parlamentarier_innen von Spanien, Belgien, Norwegen, Irland, der Schweiz und des Europa-Parlaments teilgenommen. Die Delegation besuchte Gesundheitseinrichtungen und das UNFPA-Büro in Dar es Salaam und traf mit Parlaments- und Behörden-Vertreter_innen sowie dem Gesundheits-minister Tansanias zusammen.



Reisebericht von Yvonne Feri

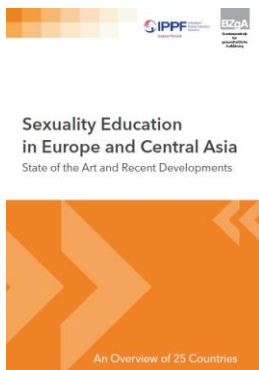
<https://www.yvonneferi.ch/article/a-call-for-accelerated-efforts-to-improve-reproductive-maternal-new-born-child-and-adolescent-health-in-tanzania>

Medienmitteilung

https://www.epfweb.org/sites/epfweb.org/files/press_release_tanzania_july_20_2018.pdf

Bild: Parlamentarierinnen, darunter Yvonne Feri, besuchen Gesundheitsklinik in Tansania

- Im Sommer ist der Bericht **“Sexuality Education in Europe and Central Asia. State of the Art and Recent Developments. An Overview of 25 Countries”** veröffentlicht worden. Die vergleichende Studie zu Sexualaufklärung in Europa und Zentralasien wurde von Europäischen Netzwerk der International Planned Parenthood Federation (IPPF) und der deutschen Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA) herausgegeben. Der Bericht gibt Auskunft über jüngste Entwicklungen in der Sexualaufklärung in 25 Ländern, inklusive über die Qualität der Programme und Auswirkungen auf die Gesundheit Jugendlicher. Der Bericht kommt zum Schluss, dass es in den letzten 20 Jahren zwar Fortschritte gab, dass aber nach wie vor Handlungsbedarf besteht, unter anderem bei der Ausbildung von Lehrpersonen. In den meisten Ländern gibt es eine gesetzliche Grundlage für Sexualaufklärung und in 11 von 22 Ländern, in denen es Programme zu Sexualaufklärung gibt, sind diese auch obligatorisch.



Bericht „Sexuality Education in Europe and Centra Asia – State of the Art and recent developments“

https://www.bzga-whocc.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BZgA_Comprehensive%20Country%20Report_online_EN.pdf

Übersicht/Kurzfassung des Berichts

<https://ippfen.org/sites/ippfen/files/2018-05/Regional%20Overview%20on%20CSE%20in%20Europe%20and%20Central%20Asia.pdf>

Factsheets zu den einzelnen Ländern

<https://ippfen.org/resource/sexuality-education-where-it-stands-across-europe-and-central-asia>

Factsheet zur Schweiz

<https://ippfen.org/sites/ippfen/files/2018-05/Factsheet%20Switzerland.pdf>

Agenda

- Die nächste **Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+** findet am **internationalen Weltverhütungstag am 26. September** statt. Der [World Contraception Atlas](#) gibt der Schweiz bezüglich Zugang zu Verhütung nur mittelmässige Noten. Mit ein Grund ist, dass Verhütung in der Schweiz als Privatsache gilt und von jeder Person selbst finanziert werden muss. Der aktuelle [Verhütungsbericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums](#) zeigt aber auch, dass in der Schweiz im internationalen Vergleich gut verhütet wird. Gemeinsam mit der Co-Autorin der Studie nehmen wir die Zahlen genauer unter die Lupe und diskutieren mit einer Vertreterin der kantonalen Beratungsstellen auch Erfahrungen aus der Praxis. Wir möchten wissen, ob es in der Schweiz Bevölkerungsgruppen gibt, die sich Verhütungsmittel nicht leisten können. Damit verbunden ist die Frage nach den nötigen Massnahmen zur Erfüllung des UN-

Agenda 2030-Grundsatzes „Leaving no one behind“.

Datum: Mittwoch, 26. September 2018 , von 13.15-14.30 Uhr
Ort: Bundeshaus, Bern, Kommissions-Zimmer 286

Referentinnen

- Elisabeth Zemp, Prof. Dr. med., Swiss TPH, Co-Autorin des Schweizerischen Verhütungsberichts
- Esther Maurer, Vizedirektorin des Staatssekretariats für Migration
- Danièle Tissonnier, Direktorin der Zentren SIPE, der Walliser Fachstellen zu Sexualität, Information, Prävention und Aufklärung

Informationen und Anmeldung: susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch

- [Contraception Atlas 2018](https://www.contraceptioninfo.eu/)
<https://www.contraceptioninfo.eu/>
- [Verhütungsbericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums](https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/schweizerischer-verhuetungsbericht)
<https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/schweizerischer-verhuetungsbericht>
- Vom 1.-2. Oktober wird in Genf die **regionale Konferenz ICPD+25 der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE)** zum Thema „Enabling choices: Population Dynamics and Sustainable Development“ stattfinden. Nächstes Jahr wird es 25 Jahre her sein, seit das Aktionsprogramm von Kairo an der Internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) verabschiedet wurde. Zur Vorbereitung des Jubiläums des ICPD-Aktionsprogramms geht die UNECE-Konferenz der Frage nach Zusammenhängen von Bevölkerungsentwicklung und Nachhaltigkeit nach.
 - [UNECE-Konferenz zu ICPD+25](http://www.unece.org/pau/icpd25)
<http://www.unece.org/pau/icpd25>
- Vom 22.-23. Oktober wird in Ottawa, Kanada, die **Internationale Parlamentarier_innenkonferenz (IPCI) zur Umsetzung des Aktionsprogramms der internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung von Kairo (ICPD)** stattfinden. Rund 300 Parlamentarier_innen, Minister und ausgewählte Expert_innen werden erwartet. IPCI 2018 ist von Bedeutung, da die Kairo-Agenda im kommenden Jahr ihr 25-Jahre Jubiläum begeht und Bedarf nach einem weiterführenden globalen Commitment besteht. An der Konferenz sollte eine zukunftsweisende Deklaration verabschiedet werden, welche auf dem ICPD Mandat aufbaut und in die Agenda 2030 überführt.
 - [IPCI/ICPD conference in Ottawa 2018](http://ipconference.org/)
<http://ipconference.org/>
- Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) führt am 13. November in Bern eine **nationale Konferenz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention** durch. Die Istanbul-Konvention ist in der Schweiz am 1. April in Kraft getreten.
 - [Programm der nationalen Konferenz](https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/veranstaltungen.html)
<https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/veranstaltungen.html>
 - [Schweizer Website zur Istanbul-Konvention](https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/veranstaltungen.html)
<https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/veranstaltungen.html>

- **SESSIONSPROGRAMM MIT FOKUS AUF KAIRO+ RELEVANTE THEMEN**

NATIONALRAT

- Dienstag, 18. September 2018
17.062 s Schutz gewaltbetroffener Personen. Bundesgesetz
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170062>
- Montag, 24. September 2018 / Fortsetzung Dienstag, 25. September 2018
17.047 s Gleichstellungsgesetz. Änderung
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170047>
- Dienstag, 25. September 2018
17.047 s Gleichstellungsgesetz. Änderung --- Fortsetzung
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170047>
13.407 n Pa.Iv. Reynard. Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ---> **SIEHE AKTUELL**
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20130407>
-->Rede der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Frau Ständerätin Liliane Maury Pasquier
- Freitag, 28. September 2018
15.434 n Pa.Iv. Kessler. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20150434>

STÄNDERAT

- Dienstag, 18. September 2018
17.497 n Pa.Iv. WBK. Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170497>
- Dienstag, 25. September 2018
-->Rede der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Frau Ständerätin Liliane Maury Pasquier

Wissen

Familienplanung als Teil der sexuellen und reproduktiven Rechte

Vor 50 Jahren wurde das Recht auf Familienplanung zum Menschenrecht erklärt. Das Recht, selbstbestimmt über die Zahl und den Abstand der Kinder zu entscheiden, wurde an der internationalen Menschenrechtskonferenz 1968 in Teheran als Menschenrecht verankert. Familienplanung ist ein wichtiger Bestandteil der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. In diesem breiteren Verständnis wurde das Recht auf Familienplanung auch im UNO-Kontext weiterentwickelt. Für das Aktionsprogramm der internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung von 1994 in Kairo sind die reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, verknüpft mit Massnahmen zur Geschlechtergleichstellung und Bildung zentral. Das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit inklusive Familienplanung ist auch in der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen enthalten.

Nach Angaben des UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA haben weltweit 214 Millionen Frauen, die wirksame und sichere Methoden zur Familienplanung verwenden möchten, diese Möglichkeit nicht. Ihnen fehlt der Zugang zu entsprechenden Informationen und Leistungen oder ihr Partner oder ihre Gemeinschaft unterstützt dies nicht. Massnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Familienplanung müssen deshalb auch strukturelle Ungleichheiten einbeziehen. Die Schweiz engagiert sich in der internationalen

Zusammenarbeit für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte. Sie sind ein strategisches Ziel der EDA-Strategie zur Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte und in der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2017-2020 verankert. Diesbezügliche Fragen hat der Bundesrat in einer Interpellation von Nationalrätin Yvonne Feri beantwortet:

- [Interpellation 18.3516: Umsetzung der EDA-Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183516)
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183516>

Kontakt

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an **Susanne Rohner**, Advocacy Beauftragte von **SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz**, welche für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ das Sekretariat führt:

susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch www.sexuelle-gesundheit.ch
Tel. 031 311 44 08

Der Newsletter erscheint viermal jährlich. Falls Sie den Newsletter nicht erhalten möchten, können Sie sich über die obige Mailadresse von der Verteilliste streichen lassen.

SANTÉ SEXUELLE Suisse
SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
SALUTE SESSUALE Svizzera